

Leseprobe aus:

Oliver Rathkolb
Die paradoxe Republik



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf
www.hanser-literaturverlage.de

© 2025 Paul Zsolnay Verlag Ges.m.b.H., Wien





Oliver Rathkolb

*Die paradoxe
Republik*

Österreich 1945 bis 2025

Paul Zsolnay Verlag

Gefördert durch:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

1. Auflage 2025

ISBN 978-3-552-07560-3

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage

© 2005, 2015 und 2025 Paul Zsolnay Verlag Ges. m. b. H., Wien

Prinz-Eugen-Straße 30 | 1040 Wien | info@zsolnay.at

Satz: Nadine Clemens, München

Umschlag: Lübbecke Naumann Thoben, Köln

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany



MIX
Papier | Fördert
gute Waldnutzung
FSC® C014496

Österreich ist ein Labyrinth,
in dem sich jeder auskennt.

Helmut Qualtinger

Inhalt

Einleitung	13
------------------	----

Kapitel 1

Die österreichische Identität zwischen Nationalstolz, Solipsismus und europäischem Patriotismus

Seite 19

Parteiische (prowestliche) Neutralität, Staatsvertrag und Kleinstaatlichkeit	30
Antikommunismus: eine verdrängte Komponente der österreichischen Identität	33
Abgrenzung gegenüber Deutschland, Osteuropa und »Anderen«	36
Abgrenzung zu den slawischen Wurzeln	41
Wohlfahrtsstaat den Österreicher/innen: eine limitierte Solidargemeinschaft	43
Österreich, <i>die</i> Kulturnation	48
Vom Opfermythos zum Alleintätermythos	50
Asyl- und Einwanderungsland wider Willen	52
Politische Reaktionen auf Turboglobalisierung und steigende Migrationszahlen durch eine strengere sicherheitspolitische Agenda	58
Abgrenzung gegen »Andere« seit 2015	61
Heimatkultur im »Land der Tänzer und Kellner«	64
Zwischen regionaler Identität und konsumorientierter Identitätslosigkeit	67
Resümee	68

Kapitel 2

Eigenheiten der österreichischen Demokratie

Seite 73

Die autoritäre Persönlichkeit	76
Autoritäres Potential 1978	79
Autoritäres Potential und die Freiheit der Künste	84
Vom »Demokratie-Wunder« im Kalten Krieg zum »Auslaufmodell«: Aufstieg und ungewisses Ende der österreichischen Konkordanzdemokratie	86
Das Stehaufmännchen FPÖ	103
Vom Antiklerikalismus zum christlichen Fundamentalismus	104
Deutschnationalismus und Ablehnung jeder Form von österreichischer Identität	105
Ablehnung der Neutralität und NATO-Beitritt	107
Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vorläufers der EU	107
Präsidial- oder Parlamentsdemokratie? Die Bundespräsidenten seit 1945	109
Föderalismus, Zentralismus oder Teilung: Optionen 1945	115
Verfassung neu oder alt? Weichenstellungen 1945	118
Anfang und (Schein-)Ende der Sozialpartnerschaft	121

Kapitel 3

»Österreich über alles, wenn es nur will«: Mythos und Realität österreichischer Wirtschaftspolitik seit 1945

Seite 127

Nachkriegsoptionen	129
Der unerwartet rasche Aufschwung	134
Das Erbe der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie und die Verstaatlichte Industrie	137
Die nichtgenutzten Optionen	140
Europäisches Wachstum und das Ende der Lebensfähigkeitsdebatte	142

Alliierte Soforthilfe, Marshall-Plan und Kalter Krieg	143
Ökonomische Ausbeutung und gesellschaftspolitische Restauration	147
Restriktive Geldwert- und Stabilitätspolitik 1945–1951	152
Radikale Lohn- und Preispolitik und die Sozialpartnerschaft.....	154
Vorläufer des Austro-Keynesianismus und der Raab-Kamitz-Kurs	157
Austro-Keynesianismus in der Ära Kreisky	162
Spargesinnung statt Investitionsverständnis.....	166
Adaption der Wiederaufbaustrukturen und EU-Beitritt	169
Der letzte »große Sprung« der Großen Koalition: EU-Beitritt 1995	176
Korruption und Machtmissbrauch	177
»Ibiza-Gate« und die Folgen	184
Zwischen Globalisierung und Privatisierung.....	189
Resümee	197

Kapitel 4

Sechzehn Kanzler und eine Kanzlerin

Seite 201

Karl Renner, der Mann mit den zwei Gesichtern	203
Leopold Figl, der Kanzler der Emotionen	212
Vom Raab-Kamitz-Kurs zum Zwischenspiel Gorbach	216
Josef Klaus, katholisch-konservativer Modernisierer oder sozial(istisch)er Kanzler?	229
Bruno Kreisky, der dialektische Kanzler	232
Fred Sinowatz, der unterschätzte Kanzler	243
Franz Vranitzky, der Krisenmanager	249
Viktor Klima, der Austro-Blair mit Ablaufdatum	252
Wolfgang Schüssel, der Überraschungskanzler	254
Alfred Gusenbauer, vom Kanzler zum Projektentwickler	259
Werner Faymann, ein geschickter Mediennetzwerker	263
Christian Kern, der eloquente Manager	265
Sebastian Kurz, der Shooting Star und Control Freak	267

Brigitte Bierlein, die erste Kanzlerin	270
Alexander Schallenberg, der Diplomat	272
Karl Nehammer, der Offiziers-Kanzler mit Haltung	273
Die Führungsqualitäten der Kanzler im Vergleich	279

Kapitel 5

Die österreichische Medienlandschaft als politisches »Reagenzglas«

Seite 289

Die Zeitungszaren der Zweiten Republik	291
Das Ende der Parteizeitungen und der Zusammenbruch des SPÖ-Medienkonzerns	307
Medienmogule	310
Schwarze Welle – Roter Schirm: Die Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen nach 1945	314
Die Medienkonzentration im europäischen Vergleich	324
Die Vierte Gewalt und ihr demokratiepolitischer Spielraum	326

Kapitel 6

Neutralität und Staatsvertrag im neuen Europa

Seite 329

»Window of Opportunity«:	
Die Staatsvertragsentscheidung 1953–1955	333
Geheime Rüstungsprogramme und Waffenlager	336
Geheimer Verbündeter der NATO	337
Neutralität im Wandel	339
Das »Goldene Zeitalter« der österreichischen Neutralitätspolitik in den 1960er und 1970er Jahren	341
UNO vor Europa	344
Internationale Entspannungspolitik und Menschenrechte.....	345
Vom Nord-Süd-Konflikt zur Nahostpolitik	347
»Österreichische Außenpolitik – eine nationale Politik im besten Sinne des Wortes«	350

Neutralität und europäische Integration	352
Auf »sanften Pfoten« in die Europäische Union	355
Neutralitätsdebatte im Vakuum der Innenpolitik	358

Kapitel 7

»Alles Walzer ...«: Kunst- und Kulturpolitik als Lebenselixier der frühen Zweiten Republik

Seite 363

Staatskultur um jeden Preis	365
»Rückgriff auf die konstruierte Ordnung«	372
Erinnerungsorte österreichischer Nachkriegskultur	379
Vom »Frühlingsstimmenwalzer« zu Beethovens 9. Symphonie:	
Die Musikkultur der Nachkriegszeit	381
Die Wiener Staatsoper	386
Das Burgtheater	390
Die kulturpolitische »Grabesstille« der fünfziger Jahre	395
Resümee	398

Kapitel 8

Das österreichische Modell des Wohlfahrtsstaats und die Generationen- und Geschlechterverträge seit 1945

Seite 403

Die langfristige Entwicklung der Altersstruktur	419
Der Geschlechtervertrag	423

Kapitel 9

Gegenwärtige Vergangenheiten

Seite 431

Opferdoktrin 1945, neu interpretiert	439
Anmerkungen zum Tätermythos	445
Die Wehrmachtsgeneration	449

Innenpolitische Nachwehen der Opferdoktrin:

Die Wiesenthal-Kreisky-Peter-Debatte	451
Die Waldheim-Debatte	455
Entnazifizierung oder Elitenkontinuität	459
Die Kontinuität von Vorurteilen in der zweiten Generation	466
Der vergessene Faschismus	468
Die Habsburg-Frage: kein Thema mehr	471

Kapitel 10

Zukunftstrends der politischen Architektur Österreichs

Seite 479

Mehr Chancengerechtigkeit und Politikverdrossenheit	481
Autoritarismus, mehr Individualismus und Apathie	484
Autoritarismus 2022 und der europäische Trend	487

Was ist paradox an der Zweiten Republik?

Eine Zusammenfassung

Seite 493

Anmerkungen	519
Literatur	538
Bildnachweis	548
Personenregister	550

Einleitung

Seit der ersten Ausgabe dieses Buches sind zwanzig Jahre vergangen, in denen sich die nationalen Trends des Jahres 2005 wesentlich und der internationale ökonomische und geopolitische Rahmen extrem zum Negativen verändert haben. Das Platzen der Immobilienblase in der US-Wirtschaft im Jahre 2007 wuchs sich zu einer großen internationalen Banken- und Finanzkrise aus, die 2008 und 2009 zu staatlichen Interventionen zur Rettung des Banken- und Finanzsektors führte. 2010 wiederum verschärfte sich die Krise in Europa, die mit dem griechischen Finanzdebakel begonnen hatte und eine Reihe anderer hochverschuldeter EU-Mitglieder beeinflusste. Auch in Österreich wurden rasch Bankenrettungspakete geschnürt und von der neuen Großen Koalition unter Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll Konjunkturförderungsprogramme beschlossen; Pröls Nachfolger Michael Spindelegger und Reinhold Mitterlehner setzten diese Politik fort. Sowohl international als auch national stand die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren Pate bei den Konzepten und motivierte umfassende staatliche Interventionen in die völlig versagenden freien Märkte. Sparpakete werden noch auf Jahre hinaus die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen mitbestimmen, ohne dass es jedoch erkennbare Kontroll- und Interventionsmaßnahmen zur Regulierung des Turbokapitalismus und der neoliberalen Wende gäbe.

Im Schatten der Krise startete die FPÖ nach der Spaltung in Knittelfeld neu durch und erreichte bei den neuerlich von einer heftigen, rechtspopulistischen Migrations- und Sicherheitsdebatte geprägten Gemeinderatswahlen in Wien im Oktober 2010 25,77 Prozent. Die SPÖ verlor mit 44,34 Prozent die absolute Mandatsmehrheit und begann ein für Wien neues Experiment, eine rot-grüne Koalition. Das BZÖ wiederum sollte nach dem Unfalltod Jörg Haiders die Abspaltung in allen Bundesländern nicht überleben. Nur in Kärnten profitierten Haiders politische

Erben, wenn auch kurzfristig, von seinem regionalen Mythos, um sich aber dann rasch wieder mit der FPÖ unter ihrem neuen Obmann Heinz-Christian Strache auszusöhnen.

2013 brachten die Nationalratswahlen die wohl letzte Chance für die Große Koalition SPÖ-ÖVP. Die SPÖ blieb stimmenstärkste Partei, hatte aber in den zehn Jahren zuvor zehn Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler verloren; die ÖVP als zweitstärkste Partei büßte in diesem Zeitraum sogar 18 Prozent an Zustimmung ein. Nur ganz knapp schafften beide Parteien zusammen die 50-Prozent-Hürde, die FPÖ lag, wieder als Dritter, bei 20,51 Prozent. Es schien nur mehr eine Frage der Zeit zu sein, bis es eine Regenbogenkoalition geben würde, in der unter anderem auch die Grünen und/oder auch neue Parteien (NEOS oder die Partei Frank Stronachs) vertreten sein würden.

Aber es sollte vorerst anders kommen. Die Flüchtlingswanderung Richtung Europa 2015 und die damit verbundene Überforderung der Integrationsmechanismen in Österreich sowie in EU-Europa brachten dem Shooting Star der ÖVP, Sebastian Kurz, mit seiner verbal harten Anti-migrations- und Flüchtlingspolitik ein unerwartetes Stimmenhoch. Auch die nach der Spaltung unter Strache wiedererstartete FPÖ reüssierte mit diesem emotionalen Thema und wurde Teil einer Koalitionsregierung mit der ÖVP. Trotz aller Kritik und zahlreicher Probleme schätzten viele Österreicher und Österreicherinnen die eindeutig rechtsgerichtete Koalition – bis es zum größten Erdbeben in der österreichischen Innenpolitik seit 1945 kam.

Am Abend des 17. Mai 2019 veröffentlichte ein Journalistenteam der *Süddeutschen Zeitung*, des *Spiegel* und der Wiener Wochenzeitung *Falter* Ausschnitte eines im Juli 2017 von dem Detektiv Julian Hessenthaler heimlich aufgenommenen Videos. Versteckte Kameras in einer gemieteten Villa auf der Ferieninsel Ibiza hatten fast sechs Stunden Filmmaterial aufgenommen, das den FPÖ-Vorsitzenden (und späteren Vizekanzler) Strache zeigte, wie er einer Frau, die sich als Nichte eines russischen Oligarchen ausgab, einen einfachen Weg in die politische Korruption aufzeigte: Er schlug ihr vor, eine Mehrheitsbeteiligung an Österreichs beliebtester Boulevardzeitung, der *Kronenzeitung*, zu erwerben, bot ihr



Die Vorsitzenden der Parlamentsparteien nach der Nationalratswahl im September 2024 v. l. n. r.: Werner Kogler (Grüne), Andreas Babler (SPÖ), Karl Nehammer (ÖVP), Herbert Kickl (FPÖ), Beate Meinl-Reisinger (NEOS)

lukrative Bauaufträge der Regierung an und erwähnte angebliche Spenden an die FPÖ durch Unternehmer.

Diese Affäre zwang Kurz nach einer Cool-Off-Periode durch die Beamtenregierung der ersten Bundeskanzlerin in Österreich, Brigitte Bierlein, und darauf folgenden Neuwahlen zu einem fliegenden Koalitionswechsel zu den Grünen. Nach einer Anklage wegen Falschaussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss musste Kurz auf Druck seines Koalitionspartners zurücktreten. Ende September 2024 hingegen war Ibiza längst vergessen, und die zweite Wiederauferstehung der FPÖ unter dem ehemaligen Redenschreiber Haiders, Herbert Kickl, nahm ihren Lauf, nachdem dieser den beliebten FPÖ-Bundespräsidentschaftsbewerber Norbert Hofer geschickt und brutal als Parteiobmann weggemobbt hatte. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die FPÖ mit 28,8 Prozent stimmenstärkste Partei. Die ÖVP schaffte mit Karl Nehammer, einem im Vergleich zu Kurz eher farblosen Politiker, nur 26,3 Prozent. Die SPÖ gewann wenige Stimmen und sogar ein Mandat dazu, rangierte aber mit 21,1 Prozent Wähleranteil auf Platz drei. Der

teilweise blamabel orchestrierte Wechsel von Pamela Rendi-Wagner zu dem vom Parteiestablishment teilweise bejubelten, teilweise aber auch kritisierten Andreas Babler hatte sich nicht wirklich ausgezahlt.

1945 hatten drei Parteien, ÖVP, SPÖ und KPÖ, begonnen, die Zweite Republik aufzubauen und in wenigen Jahrzehnten in noch nie dagewesene soziale und ökonomische Höhen zu führen, allerdings getragen von den Zwängen, die alliierte Besatzung loszuwerden, sowie vom Wiederaufbau der Wirtschaft während internationaler Wachstumsperioden. Dabei dominierte eine pragmatische Politik, die die ideologischen Barrieren immer wieder überwinden konnte. Diese Rahmenbedingungen gibt es heute nicht mehr. Die Paradoxe Republik geht stürmischen Zeiten entgegen.

Vielleicht sind es gerade der massive Spardruck und die Stärke der FPÖ, welche die nach einem zweiten Anlauf gezimmerte neue Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS für die nächsten Jahre zusammenhalten. In einem Doppelbudget müssen zumindest 6,3 Milliarden bzw. 8,4 Milliarden Euro eingespart werden, gleichzeitig soll die wieder aufkeimende Inflation gedrückt und die Wirtschaft angekurbelt werden, die an explodierenden Energiepreisen und der Trumpschen »America-First«-Politik sowie der Angst vor Zollschranken leidet.

Rückblickend gesehen, war das Staatsvertragsjubiläumsjahr 2005, das Jahr, in dem dieses Buch erstmals erschienen ist, ein vergleichsweise ruhiges Jahr für die Republik Österreich. Es herrschte fast permanente Feststimmung. Gleich drei Jubiläen galt es zu feiern: 1945 (Kriegsende, Befreiung und Beginn der Zweiten Republik), 1955 (Unterzeichnung des Staatsvertrags und Neutralitätsgesetz), 1995 (EU-Beitritt). Ausstellungen im Schloss Belvedere, in der Schallaburg und in Hunderten Heimatmuseen sollten die Massen anziehen. Auch die Wiener Staatsoper, die mit einem Staatsakt und Stardirigenten aus aller Welt ihrer Wiedereröffnung am 5. November 1955 gedachte, inszenierte sich wie fünfzig Jahre zuvor als österreichischer Erinnerungsort. Das Kriegsende 1945, die Proklamation der provisorischen Regierung Renner am 27. April 1945 wurden medial und politisch ebenso thematisiert wie die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen Anfang Mai 1945 oder die Befreiung der 48 KZ-Nebenlager in ganz Österreich. Städte, Dörfer, Betriebe, Institu-

tionen, Organisationen, die politischen Parteien positionierten sich historisch und versuchten ihre Vergangenheit neu zu interpretieren. Überdies bot das Gedenkjahr die letzte Chance für Zeitzeugen, ihre Berichte in der kollektiven Erinnerung festzuschreiben.

»History sells«: Doch wieviel an kritischem Geschichtsbewusstsein brachten die vielen historischen Inszenierungen nach dem Motto »Turn off the future, turn up the past« (Jesse Sykes) mit sich?

Dieses Buch soll zehn wesentliche Entwicklungen und Bausteine der Zweiten Republik darstellen und die Erkenntnisse und Debatten der letzten Jahrzehnte mit einer wissenschaftlichen Analyse verbinden. Es soll einen intensiven, manchmal subjektiven, immer aber klaren Blick in das kollektive Gedächtnis der Österreicherinnen und Österreicher eröffnen, der vor allem zum Nachdenken über Identität und Demokratiebewusstsein anregen soll. Nicht die bereits obligate negative Staatsdichtung wird zum Brennpunkt, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit den Gründungs- und Wiederaufbaumythen der Zweiten Republik, die auch zum Widerspruch und zum Nachdenken anregen soll. Keine Vaterlandskunde, wohl aber eine aufgeschlossene und offene Bewertung der Leistungen wie der Irrwege der Zweiten Republik. Die österreichische Identität ist ebenso vertreten, wie es die spezifische Demokratieentwicklung und das österreichische Wirtschaftswunder sind. Dabei steht immer auch der internationale Bezug im Zentrum der Interpretation: Österreich, das sich als Nation viel zu lange als Insel gefühlt hat, ist schon lange keine Insel mehr, eher in manchen Bereichen ein Atlantis, auf dessen Spuren und Artefakte der Autor aufmerksam machen wird.

Ebenso zeichnet er ein Bild der wichtigsten politischen Akteure vor dem Hintergrund der politischen Parteienlandschaft. Dabei werden wohl manche Wunschvorstellungen und historischen Überlieferungen ins Wanken kommen, gleichzeitig aber viele neue Facetten ins Blickfeld gerückt. Die Bedeutung der Frauen, die in den meisten Geschichtsbüchern nicht einmal bei den reinen Frauenwahlen des Jahres 1945, die die politische Weichenstellung der Zweiten Republik entschieden haben, thematisiert wird, soll in allen zehn Längsschnitten entsprechend reflektiert werden.

Demokratie und Politik ohne Kunst, Kultur und Medien sind unvorstellbar; vor allem im Kleinstaat Österreich sind sie ein Seismograph für das Ausmaß an offener demokratischer Auseinandersetzung.

Quer durch den Text werden immer wieder die demokratiepolitischen Einstellungen der Österreicher/innen ins Blickfeld gerückt. Da der Demos Gegenwart wie Zukunft unseres republikanischen Staatswesens entscheidet, kommt der Frage nach Demokratiebewusstsein und den entsprechenden Einstellungen eine große Bedeutung zu. Durch eine 2004 eigens für dieses Buch in Auftrag gegebene Umfrage über das autoritäre Potential werden diese Ergebnisse mit den historischen Entwicklungen seit 1945 verglichen und durch neue Erhebungen 2007/2014/2022 aktualisiert.

Die historischen Ursprünge der Neutralität bis hin zur aktuellen Rezeption bilden ebenso einen der zehn Themenstränge wie europäische Identität und Europapolitik. Ein oft vernachlässigter wesentlicher Teil der Geschichte der Zweiten Republik ist die Sozialpolitik, das österreichische Wohlfahrtsstaatsmodell. Es hat wesentlich zur raschen Identitätsbildung und zur Akzeptanz des Kleinstaats beigetragen. Daneben rückt aber auch die Bedeutung der politischen Vergangenheiten für die aktuelle Politik (von der Monarchie über die Regierungsdiktatur von Dollfuß und Schuschnigg bis zum Nationalsozialismus, zum Wiederaufbau und zur Ära Kreisky) ins Bild. Und schließlich sollen Zukunftstrends zusammengefasst werden, auch mit einer Bewertung diverser früherer Zukunftsdeutungen.

Dieses Buch, das 1997 begonnen wurde, wäre nicht zustande gekommen, hätte es nicht einen verständnisvollen Verleger, Herbert Ohrlinger, und eine engagiert kritische, aber zugleich höchst einfühlsame Lektorin, Brigitte Hilzensauer, gegeben; ihnen gilt mein besonderer Dank. Für Kontrollrecherchen in der ersten Auflage 2005 danke ich Maria Wirth. Besonderer emotionaler Dank gilt meiner Frau Lydia Rathkolb, die alle Höhen und Tiefen des Arbeitsprozesses an diesem Buch und seinen verschiedenen Auflagen mitgetragen und letztlich mitermöglicht hat.

Wien, im Frühjahr 2025

Oliver Rathkolb

Kapitel 1

*Die österreichische Identität
zwischen Nationalstolz, Solipsismus und
europäischem Patriotismus*

*»... uns bleibt nichts übrig,
als selbst auf den Gedanken eines
Anschlusses zu verzichten.«¹*

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs befürworteten 1918 die maßgebenden politischen Kräfte in Österreich uneingeschränkt die parlamentarische Demokratie und die Abschaffung der Monarchie; der Kleinstaat jedoch stieß auf große Skepsis. Der Satz vom »Staat, den keiner wollte« drückt diese Zweifel an der wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Lebensfähigkeit eines nach dem Zerfall Österreich-Ungarns von rund 51 auf 6,5 Millionen Einwohner geschrumpften Staatsgebildes präzise aus. Der Wille zum »Anschluss« an das inzwischen ebenfalls demokratisch organisierte Deutsche Reich ging quer durch die politischen Parteien, wurde aber von den alliierten Siegermächten (Frankreich, Großbritannien und die USA) 1919 nicht akzeptiert und fand auch in Deutschland nur halbherzige Unterstützung.

Die nachfolgenden Jahrzehnte waren von der zunehmenden Militarisierung der politischen Auseinandersetzung und der Radikalisierung der Konflikte (Stichwort: Justizpalastbrand 1927) inmitten sozialer und ökonomischer Dauerkrisen geprägt. Der autoritäre Kurs des christlichsozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß mit der Ausschaltung des Parlaments nach dem 4. März 1933 endete im Bürgerkrieg ab dem 12. Februar 1934 und führte zum Verbot der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei). Das Ziel, durch eine Kanzlerdiktatur den Nationalsozialismus, der seit 1933 in Deutschland an der Macht war, zurückzudrängen, scheiterte. Die Terrorattentate der Nationalsozialisten gingen weiter, Dollfuß selbst wurde im Juli 1934 bei einem missglückten Putschversuch ermordet. Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg setzte vorerst auf einen Ausgleich mit Hitler-Deutschland (Juli-Abkommen 1936) und die Fortsetzung der Kanzlerdiktatur. Die vorsichtige Öffnung gegenüber der verbotenen »Linken« und den Gewerkschaften Ende 1937 kam jedoch zu

spät und brachte ebenso wenig Erfolg wie eine für den 13. März 1938 anberaumte Volksbefragung »Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich«, die Hitler untersagte. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938, dem kein Widerstand entgegengesetzt wurde, beendete endgültig die Kleinstaatlichkeit. An die 200 000 Menschen jubelten am Heldenplatz Adolf Hitler als »Befreier« zu. Gleichzeitig begannen erste Verhaftungswellen; 50 000 Österreicher/innen, politische Gegner/innen sowie Juden und Jüdinnen waren Opfer dieser Terroraktionen. Damit wurde auch bereits der Rahmen der Volksabstimmung vom 10. April 1938 abgesteckt, die über den »Anschluss« befinden sollte und deren fast hundertprozentige Zustimmung (99,6 Prozent) ein Ergebnis von Opportunismus, ideologischer Überzeugung, massivem Druck und perfekter Propaganda sowie punktuellen Wahlfälschungen war.

Trotz der durch alle gesellschaftlichen Schichten gehenden Anpassung an das NS-Regime kristallisierten sich vielfältige Formen des Widerstands heraus, meist eine Reaktion auf die reichsdeutsche Dominanz und die negativen Folgen der Expansionsfeldzüge der deutschen Wehrmacht in ganz Europa. Nach der Befreiung durch die Alliierten – vor allem durch die Rote Armee im Osten und US-Einheiten im Westen – standen aber nicht die eigene Verantwortung und Mitwirkung an Holocaust und Krieg im Zentrum gesellschaftlicher Debatten, sondern die Situation als Opfer, als Kriegsgefangene, Bombenopfer und Verfolgte von NS-Repressionen. Selbst die Leiden der jüdischen Bevölkerung – rund 130 800 Juden und Jüdinnen waren ins Exil getrieben worden, rund 65 000 ermordet oder ums Leben gekommen – wurden rasch von Hinweisen auf eigene Leiden und Schicksalsschläge verdrängt.

Die nationale Geschichtserinnerung hatte ihren Ursprung in dem Schockerlebnis, dass die »Ostmärker« nach 1938 keineswegs als Elite, sondern als bloße Provinzgesellschaft in das nationalsozialistische Deutsche Reich integriert worden waren. Da die NSDAP-Führung diese von den Österreichern selbstkonstruierte Sonderrolle der »besseren deutschen Kulturnation« bewusst negiert hatte, kam es, vor allem mit den zunehmenden militärischen Niederlagen nach der Schlacht um Stalingrad 1942/43, rasch zu einer emotionalen Ablösung. 1945 stellte dann

kaum jemand mehr öffentlich die staatliche Trennung von Deutschland in Frage. Eine starke eigenständige und kleinstaatliche Identität war damit allerdings noch nicht herausgebildet.

Diese ambivalente Position wird bereits in der ersten Erklärung von Staatskanzler Karl Renner, einem klassischen deutschnationalen k. u. k. Sozialdemokraten, deutlich. Vor Beamten im Kanzleramt am Ballhausplatz erklärte er am 30. April 1945, »... dass der Anschlussgedanke, wie er in den Jahren 1918, 1920 und in den nachfolgenden Jahren vertreten war, etwas ganz anderes vorgesehen hat, als Hitler gebracht hat. Seiner Idee nach sollte das österreichische Volk als Bundesglied mit seinem aufrechtstehenden Staate als Bundesstaat nach der Weimarer Verfassung in die Gemeinschaft aller deutschen Stämme eintreten [...]. Es ist Adolf Hitler, der den Anschluss zuerst verfälscht und verfehlt, und zum Schluss für alle Zeit verspielt hat. Die drei Weltmächte [USA, UdSSR und Großbritannien, Anm. d. Verf.] haben sich geeinigt, das selbständige Österreich wiederherzustellen, alle übrigen Staaten der Welt bis auf ganz kleine Ausnahmen haben sich diesen Weltmächten angeschlossen, und uns bleibt nichts übrig, als selbst auf den Gedanken eines Anschlusses zu verzichten. Das mag so manchem hart werden, aber andererseits, nach dem was geschehen ist, nach dieser furchtbaren Katastrophe, ist die einmal vollzogene Tatsache für uns alle zugleich eine erlösende und befreiende Tatsache.«²

Nun war Österreich tatsächlich ein »Sonderfall« im Zentrum der Weltpolitik, wie es gerne immer gewesen wäre, und zwar aufgrund der zufälligen geographischen Lage zwischen den Blocksystemen im Kalten Krieg. Gleichzeitig entwickelte sich die Vorstellung, dass Österreich entsprechend intensiv auch von der neuen westlichen Supermacht, den USA, registriert werden würde. Es ließ sich, wie ein deutscher Politiker 1952 süffisant festhielt, »statt seine Mithaftung anzuerkennen, als überfallenes Kind hätscheln«³; trotzdem war dies kein Thema in der Geopolitik. Die Überschätzung der internationalen Bedeutung der Österreich-Frage, vermischt mit einem unausgesprochenen schlechten Gewissen, dauert hingegen, ganz im Sinne eines nationalen Solipsismus, bis zum heutigen Tag an, vermittelt und verstärkt durch die österreichische Presse. Auch die Politik transportiert die Fehleinschätzung, dass

beispielsweise US-Entscheidungsträger und -Medien ständig die Entwicklungen in Österreich beobachten. Dies traf vereinzelt wohl auf den Zeitraum bis 1955 zu, doch trotz Waldheim und Haider blieb Österreich auch in den 1980er und 1990er Jahren in den USA wohl eher als Musikland oder als Schauplatz der Trapp-Familiensaga »A Sound of Music« präsent, wie Langzeitauswertungen von Medien dokumentieren.

Durch die Neutralität aus 1955 erhielt die österreichische Selbstbezogenheit einen permanenten und besonderen Status. Österreich galt als Brücke zwischen Ost und West, als Treffpunkt für Spannungsgespräche in den 1970er Jahren. Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, dass das gesamtösterreichische Nationalbewusstsein gerade in der aktiven außenpolitischen Ära Bruno Kreiskys besonders gedieh, als Internationalismus en vogue war. Die weltweite Anerkennung und Reputation stärkten die Identität des Kleinstaats; Provinzialismus und permanenter Selbstüberschätzung wurden jedoch keineswegs die »Giftzähne« gezogen. Das Ende des Kalten Kriegs und die Integration in die EU hatten dann ein abruptes Ende der bereits in den 1980er Jahren deutlich reduzierten Sonderrolle Österreichs im Gefolge. Den selbstverliebten Österreicher/innen brachten der EU-Beitritt, aber auch die Konsequenzen der Globalisierung eine handfeste Krise. Plötzlich galt es neue Realitäten und Entscheidungsprozesse zu akzeptieren, was zunehmend zu Friktionen führte, da die politische und ökonomische Sonderrolle Österreichs aus dem Kalten Krieg deutlich reduziert wurde oder ganz verschwand. So scheiterte etwa die Antiatompolitik, die sich Österreich nach der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf 1978 auf die Fahnen geschrieben hatte, gegenüber der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien, da Österreich in der EU keine Lobby – zum Beispiel gegen die Inbetriebnahme von Temelín – mobilisieren konnte.

Dieser Trend wird durch eine globale Entwicklung verstärkt, wie eine Studie des Washingtoner »Research Center for the People & the Press« vom Juni 2003 nach einer Befragung von 66 000 Menschen aus 49 Nationen dokumentierte.⁴ Dieser höchst repräsentative Ausschnitt der Weltöffentlichkeit – ohne Kleinstaaten wie Österreich – ist sich über alle Altersgruppen hinweg relativ einig, dass die Globalisierung den Verlust



Fremdenverkehrsplakat von 1948

traditioneller kultureller Identitäten zur Folge habe. So sahen beispielsweise in Deutschland 69 Prozent der Befragten ihren traditionellen Lebensstil gefährdet, 68 Prozent der Italiener befürworteten – ebenso wie 53 Prozent der Franzosen – kulturellen Protektionismus zum Schutz der »nationalen« Kultur. Derartige Entwicklungen wirken sich in Kleinststaaten mit einer relativ jungen nationalen Identität noch stärker aus. In diesem Sinne liegt also Österreich im globalen Mainstream der Identitätsentwicklung, aber mit noch heftigeren Reaktionen in Krisenzeiten.

In einem Gespräch mit dem Autor gebrauchte Viola Breit, die 1938 mit ihrer Familie aus Wien vertrieben worden war, einmal den Begriff »Solipsismus«, um das nationale Selbstverständnis ihrer ehemaligen Landsleute zu beschreiben. Damit wird der Kern der aktuellen Eigenschaft der meisten Österreicher und Österreicherinnen prägnant skizziert: eine permanente Ichbezogenheit. Meiner Ansicht nach ist dieser österreichische Solipsismus eine Konstante, die sich aus den letzten Jahrzehnten der Monarchie herleitet. Damals dominierte eine deutschsprachige Minderheit die anderen nationalen Mehrheiten (mit Ausnahme der Ungarn ab 1867). Das Gebiet des heutigen Österreich mit der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wurde zum Zentrum aller Aktivitäten und Entwicklungen in der Monarchie hochstilisiert, die reale Entwicklung in der Außenwelt von der dominierenden nationalen Gruppe jedoch verdrängt, sowohl in der Nationalitätenfrage als auch in der ökonomischen und politischen Entwicklung in Europa. Die Kriegserklärung 1914 trotz inferiorer militärischer und sozioökonomischer Kapazitäten bildete den ersten Kulminationspunkt dieser Fehleinschätzung und grundlosen Überhöhung der eigenen Möglichkeiten.

Deutliche Spuren von Solipsismus finden sich auch in Umfragen über den Nationalstolz. Schon vor der Volksabstimmung über einen EU-Beitritt Österreichs dokumentierten Meinungsbefragungen für Österreicher und Österreicherinnen einen extrem ausgeprägten Nationalstolz, der im internationalen Vergleich nur durch den der US-Bevölkerung übertroffen wurde.⁵ Klar wurde dabei auch, dass dieser Nationalstolz häufig auf Argumenten wie »schöne Landschaft« (zunehmend mit einem hohen Umweltbewusstsein verbunden) sowie der traditionellen Volks- und Hochkultur aufbaute. Als drei »sichere Orte« der österreichi-

schen Identität können hier Landschaft, Kultur (sowohl Hochkultur als auch Volkskultur) und – immer noch – die Neutralität angeführt werden. Bemerkenswert ist, dass die »Medizinische Schule« nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Sporterfolge, die ursprünglich (in den 1950er Jahren) sehr wichtig waren, verlieren seit 1980 an Bedeutung, Sportstars selbst stehen hingegen nach wie vor ganz oben auf der Anerkennungsskala.

Das politische System Österreichs, seine Verfassung jedoch zählen nicht zu den sicheren Orten auf der mentalen Identitätslandkarte Österreichs. Dies ist ein auffallender Unterschied zu Deutschen, aber auch Amerikanern, die nie das Vertrauen in ihre (an sich höchst renovierungsbedürftige) Verfassung aus dem 18. Jahrhundert verloren haben. In Österreich hingegen schwand der Glaube an Politik nach der Ära Kreisky: 1987 bezeichneten nur noch 27 Prozent der Befragten die österreichische Politik als Leistung, auf die man stolz sein könne (gegenüber 72 Prozent im Jahr 1980).⁶ Im Oktober 2000 waren nur 27 Prozent der Österreicher/innen mit der politischen Lage zufrieden, die Krise hielt an. Auch das Vertrauen zu Politikern im Vergleich zu Ärzten (91 Prozent Zustimmung), Lehrern und Polizisten (je 76 Prozent) war 2004 extrem niedrig (15 Prozent).⁷ Damit lag Österreich auf einer Linie mit Ungarn (14 Prozent), aber doch deutlich besser als Deutschland (6 Prozent), Italien (9 Prozent) oder Polen (6 Prozent). In diesem Zusammenhang zeigten sich jedoch regionale Unterschiede, die teilweise mit der regionalen Identität der Österreicher/innen zusammenfallen, der älteren Wurzel der nationalen Identität. Während also im Jahr 2000 27 Prozent insgesamt politische Zufriedenheit signalisierten, waren es in Tirol nur 19 Prozent, in der Steiermark und Vorarlberg hingegen je 36 Prozent; Wien lag im Durchschnitt.⁸

Gleichzeitig – beinahe als Gegenbewegung – stieg wie erwähnt der österreichische Rekord-Nationalstolz spätestens 1990 im europäischen Vergleich an:⁹ (1. Polen, 2. Österreich, 3. Großbritannien, 4. Ungarn, 5. Norwegen und Spanien, 7. Schweden, 8. Italien, 9. Tschechoslowakei, 10. Bundesrepublik Deutschland) und verstärkte sich 1995 noch (1. Österreich, 2. Norwegen, 3. Großbritannien, 4. Spanien, 5. Deutschland, 6. Italien, 7. Schweden, 8. Tschechien, 9. Ungarn, 10. Polen). Nachdenk-

lich stimmt in diesem Zusammenhang aber, dass Österreich bei Fragen, die einen negativ konnotierten Patriotismus (Chauvinismus im klassischen Sinn) und nationale Überlegenheit signalisierten, 1998 als Erster sogar die USA schlug, gefolgt von Bulgarien, Ungarn und Kanada. (Im Ranking für den positiv besetzten Patriotismus lag Irland vor den USA, Kanada und Österreich sowie Neuseeland.)

Bereits an dieser einfachen Aufzählung zeigt sich, wie stark externe Einflüsse nationale Gefühlswelten verändern können, wenn es zu sozioökonomischen Krisen wie in Polen oder in Ungarn seit 1989 kommt. Wer annimmt, dass aufgrund der ökonomischen und kulturellen Globalisierung, die bereits vor dem Fall des Eisernen Vorhangs auch Osteuropa und die Sowjetunion in abgeschwächter Form erreicht hatte, nationale Codes weniger wichtig werden, irrt. Ganz im Gegenteil: Je stärker die konkreten oder vermuteten Auswirkungen von Globalisierung und europäischer Integration die Lebenswelten der Menschen erreichen, desto intensiver wird der Rückgriff auf enge und traditionelle nationale Wertssysteme. Gerade an der Geschichte jenes Raums in der Habsburger Monarchie, den das heutige Österreich einnimmt, lässt sich eines nachweisen: Aufgrund der ersten Globalisierung Ende des 19. Jahrhunderts im Gefolge der industriellen Revolution eskalierte der radikale Nationalismus als einfache, aber letztlich katastrophale Antwort auf tiefgreifende sozioökonomische Änderungen.

Zusätzlich zu einer theoretischen »inneren« Definition von Nation und Identität für Österreich ist es unumgänglich notwendig, den jeweiligen externen Rahmen im Bereich von vernetzter Ökonomie, internationaler Politik und Kulturtransfer zu berücksichtigen. So haben der Soziologe Max Haller¹⁰ und die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak¹¹ Nationstheorien und Identitätskonzepte theoretisch-kritisch analysiert, während die historisch-politischen Diskurse von Politikwissenschaftlern wie Anton Pelinka oder Historikern wie Ernst Bruckmüller und Gerald Stourzh thematisiert wurden. Der Trend in der primär historischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion¹² geht in Richtung einer Definition der österreichischen Nation als Staatsnation, als »politische Willensgemeinschaft«. Nach Ruth Wodak unterscheidet sich diese »bewusst von traditionell-konservativen bis rassistischen Konzepten wie »Kulturnati-

on«, »Sprachnation« oder »Abstammungsgemeinschaft«). Gerade vor dem Hintergrund der Renationalisierungsdebatten der letzten zwanzig Jahre stellt sich aber die Frage, ob die Theorie hier nicht eine Idealform entwickelt hat, die sich vor allem in der Migrations- und EU-Erweiterungsdebatte nicht bewahrheitete. Die österreichische Gesellschaft, aber zunehmend auch die drei großen politischen Parteien – allen voran mit unmissverständlicher Radikalität die FPÖ – forcieren deutliche kultur-nationale Elemente.

Max Haller bringt die komplexen theoretischen Diskurse auf einen einfachen Nenner: »Das Konzept der »Staatsnation« betont die politische Gemeinsamkeit aller auf dem Territorium des Staates lebenden Bürger, ihre gleichen Rechte und Pflichten; das Konzept der »Kultur«- oder Ethnonation betont die Ähnlichkeit oder Verwandtschaft der Angehörigen einer Nation in Bezug auf Sprache und Kultur, Sitten und Gebräuche, bis hin zur Blutsverwandtschaft durch gemeinsame Abstammung [...]. Es erscheint in diesem Zusammenhang naheliegend, das Konzept der Staatsnation mit einer »offenen«, das der »Ethno«- oder »Kulturnation« mit einer »geschlossenen Gesellschaft« gleichzusetzen.«

Bereits in der Definition zeigt sich aber, dass im subjektiven Erleben von Nationalität beide Strömungen im Widerstreit stehen, wobei die jeweiligen Gemengelagen primär von internationalen Entwicklungen, aber auch von innerösterreichischen Änderungen beeinflusst werden. In diesem Sinne ist die österreichische Identität noch immer im Fluss, wobei gerade jüngste nationale und internationale Konfrontationen auch eine grundsätzliche Entscheidung bringen werden, wohin die österreichische Identität zwischen Globalisierung und Erweiterung der Europäischen Union gehen wird.

Im Folgenden sollen einige Spezifika der Nation Österreich aufgezeigt werden, die zu Kriegsende 1945 kaum eine stark ausgeprägte, fassbare Identität hatte, sich aber bereits 45 Jahre später – also binnen ein, zwei Generationen – vollkommen als Kultur- und Staatsnation verstand. Dieser rasche Nationsbildungsprozess gehört sicherlich zu den Rätseln der Zweiten Republik, wird aber selten so intensiv hinterfragt wie der soziale und ökonomische Aufbau nach 1945, obwohl gerade in diesem Bereich Selbstreflexion höchst wichtig wäre. Es soll untersucht

werden, welche Komponenten die österreichische Identität seit 1945 geformt haben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, zentrale Stränge zu definieren, anhand derer die Identität der Bevölkerung – die sich durchaus vom Selbstverständnis der Eliten und politischen Entscheidungsträger unterscheiden kann – hinterfragt werden kann.

Parteiische (prowestliche) Neutralität, Staatsvertrag und Kleinstaatlichkeit

Ein auf den ersten Blick verblüffendes Ergebnis erbrachte eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft im Oktober 1995 zur Frage »Seit wann gibt es ein freies Österreich?« 87 Prozent der Befragten nannten das Jahr 1955 und nicht das Jahr der Befreiung durch die Alliierten, 1945; von diesen 87 Prozent votierten 52 Prozent für den 15. Mai 1955, den Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrags, 35 Prozent für den 26. Oktober 1955, an dem das Neutralitätsgesetz im Parlament beschlossen worden war. Zehn Jahre alliierte Administration, die durch Marshall-Plan-Hilfe und gemeinsame Kontrolle politischer Strukturen eine extrem wichtige Rolle für die Konstituierung der Zweiten Republik gespielt hatten, werden nach wie vor bloß als »Besatzungszeit« wahrgenommen beziehungsweise sind aus der kollektiven Erinnerung verdrängt worden.

Seit den 1960er Jahren wurden vor allem im Unterricht und bei politischen Veranstaltungen Staatsvertragsabschluss und Neutralitätsgesetz als zentrale Staatsgründungsdokumente präsentiert und gefeiert. Aber bereits 1956 – so beim 11. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 – wurde nochmals der Kontext der Staatsgründung festgehalten: »Österreich ist frei.«¹³ Leopold Figls berühmter Satz sollte auch 2005 wieder zahlreiche Aktivitäten untermalen; zum Unterschied von 1955/56 und den 1960er Jahren stand aber nun nicht das Neutralitätsgesetz, sondern die Befreiung vom »Besatzungsregime« der Alliierten im Zentrum der öffentlichen Debatten. Die Neutralität ist zwar längst in ihrer ursprünglichen sicherheitspolitischen und völkerrechtlichen Komponente reduziert, doch der ökonomische und soziale Fortschritt im

Wiederaufbau und die Hochphase sozialer und politischer Zufriedenheit in den siebziger Jahren werden direkt damit in Zusammenhang gebracht. Vor allem Bruno Kreiskys Konzept einer aktiven und selbstbewussten Neutralitätspolitik und das Bestreben des damaligen Bundeskanzlers, außenpolitische Fragen und Themen breit und öffentlich zu diskutieren, haben diese Transformation von Neutralität in einen Code für Wohlstand, Sicherheit und internationale Reputation tief im kollektiven Bewusstsein verankert. Zufrieden – aber nicht ohne einen Unterton der Warnung vor einem übertriebenen Nationalismus – sagte Kreisky daher bei seiner Abschiedsrede im Parlament am 28. September 1983: »Alle Gruppen stehen heute zu unserer Fahne, sie entblößen ihr Haupt, wenn unsere Hymne erklingt. Niemand stellt heute mehr die Lebensfähigkeit Österreichs in Frage. Es ist ein neuer, sehr ruhiger und stiller Patriotismus entstanden.«

Bereits Mitte der sechziger Jahre wurde von politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung der Neutralität als konstitutives Element der Nationswerdung erkannt und gefördert. In diesem Sinne war auch das Bundesgesetz vom 25. Oktober 1965 über den österreichischen Nationalfeiertag eine wichtige symbolisch-politische Maßnahme auf dem langen Weg zur Ablösung von den latenten Anschlussräumen. Damit wurde der inhaltsleere »Tag der Fahne« mit der Neutralität »gefüllt«. Eine aktive Außenpolitik war daher im Österreich der sechziger Jahre auch als Mittel zur Identitätsförderung konzipiert. Sowohl die Große Koalition ÖVP-SPÖ als auch die ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus ab 1966 verantworteten diesen Kurs gemeinsam. Eine stärkere Internationalisierung sollte die nach wie vor vorhandenen großdeutschen Tendenzen zurückdrängen, und der nationale Code für Internationalisierung war eben »Neutralität«.

Ein Blick auf die Meinungsumfragen jener Zeit dokumentiert, dass der Identitätsbildungsprozess wirklich erst im Aufbau war: 1964 wandten sich 15 Prozent strikt gegen die Vorstellung einer eigenen österreichischen Nation, 23 Prozent vermuteten eine allmähliche Nationswerdung, 47 Prozent bejahten den Begriff einer österreichischen Nation.¹⁴ Zwar hatten sich unmittelbar nach dem Jubeljahr 1955 und der Erlangung der staatlichen Souveränität schon 49 Prozent für eine österreichische Nati-

on ausgesprochen, aber immerhin noch 46 Prozent bekannten sich zum »deutschen Volk«. Im politischen Rahmen wurden diese Diskussionen deutlicher: 1965 hatte die FPÖ gemeinsam mit ÖVP und SPÖ für die Einführung eines Staatsfeiertages gestimmt, aber schon 1966 lehnten die FPÖ und drei Vorarlberger ÖVP-Abgeordnete die Regierungsvorlage über die Feiertagsruhe am 26. Oktober 1966 ab. Bei deren endgültiger Fixierung artikulierte FPÖ-Bundesparteibmann Friedrich Peter am 28. Juni 1967 seine Ablehnung eines »Nationalfeiertags«, da es nur einen »Staatsfeiertag« geben könne. Sein Nach-Nachfolger Jörg Haider, Jahrgang 1950, also Repräsentant der zweiten Generation in der FPÖ, meinte noch am 8. August 1988 im ORF-Inlandsreport, »dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.« Später schwor sich die FPÖ auf Haiders Weisung auf konservativen, »heimattreuen« Österreich-Patriotismus ein, allerdings mit primär kulturdeutsch-nationalen Definitionsmerkmalen.

Bekanntlich hat es weder über die staatliche Souveränität Österreichs 1945 noch über das Neutralitätsgesetz eine Volksabstimmung gegeben. Im ersten Fall entschieden die Alliierten, im zweiten Fall österreichische politische Eliten der ÖVP, zögernd, aber doch unterstützt von der SPÖ. Die FPÖ hingegen stimmte gegen die immerwährende Neutralität, da dies die Aufgabe der gesamtdeutschen Grundpositionen und den Beginn der nationalen (nicht nur staatlichen) Eigenständigkeit bedeutete. Es gibt daher relativ wenige Informationen über das Neutralitätsbewusstsein der Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt; jedenfalls existierte eine breite Mehrheit gegen eine weitere Involvierung in Aggressionskriege, wie es im Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen war. Die zentrale Frage war eher, ob die Neutralität auch weiterhin die Dominanz der ideologischen, kulturellen und ökonomischen Westintegration und des radikalen Antikommunismus gewährleisten würde. 2011 wollten noch immer 70 Prozent der Befragten an der Neutralität festhalten, zeigten sich aber vielfach zu internationalen Militärkooperationen bereit.¹⁵ Im Februar 2024 votierten sogar 74 Prozent für die Beibehaltung der Neutralität und nur 14 Prozent plädierten für einen NATO-Beitritt.¹⁶

Antikommunismus: eine verdrängte Komponente der österreichischen Identität

Antirussische Stereotype waren seit dem späten 19. Jahrhundert im österreichischen Raum präsent; seit der bolschewistischen Revolution in Russland 1917/18 und nach der Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich am 12. November 1918 eskalierten sie als Antibolschewismus und Antikommunismus in noch radikaleren Formen. Der Nationalsozialismus perfektionierte die rassistische Konnotation vom slawischen »Untermenschen«. Die marodierenden und vergewaltigenden Soldaten der Nachhut der Roten Armee, die Österreich 1945 befreit hatte, sorgten schließlich für eine traumatische Bestätigung mancher Vorurteile.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Abgrenzung vom kommunistischen System der Nachbarstaaten für Österreich ein wesentliches Element, den Glauben an die Kleinstaatlichkeit zu stärken. Geschickt wurde das Argument einer angeblichen ständigen kommunistischen Bedrohung von innen und außen vor allem gegenüber den USA ausgespielt. Dadurch konnte ein Maximum an finanzieller und politischer Unterstützung erzielt werden, ohne dass die USA die wirtschaftlichen und politischen Strukturen entsprechend ihrem Modell zu ändern versuchten. So erhielt Österreich eine der höchsten Pro-Kopf-Quoten an Marshall-Plan-Hilfe, die österreichische Wirtschaftsstruktur wurde jedoch nicht wirklich reformiert oder der Staatseinfluss reduziert. Auch bei den staatlichen Verpflichtungen spielte man lange Zeit geschickt die Bedrohungskarte aus, um die Zahlungen auf die lange Bank zu schieben (etwa bei den jüdischen Kompensationsforderungen oder den Ansprüchen von amerikanischen, britischen und anderen Erdölkonzernen). Der alle rechtlichen und politischen Schranken relativierende Antikommunismus führte auch dazu, dass höchst belastete ehemalige NSDAP-Eliten oder Fachleute aus der NS-Rüstungsindustrie aus »nationalem Interesse« integriert wurden, während man etwa Künstler/innen, die im als kommunistisch stigmatisierten Neuen Theater in der Scala, für die sowjetische Filmindustrie oder die »Russische Stunde« der RAVAG gearbeitet hatten, ausgrenzte. In vielen Fällen blieb dann nur noch die Emigration in die DDR.



*Die sowjetische Stadtkommandantur
an der Wiener Ringstraße (Palais Epstein)*

Ein wichtiges Ereignis für die österreichische Identitätsbildung ist in diesem Zusammenhang der angebliche kommunistische Putschversuch vom September/Oktober 1950. 1997 warf der Salzburger Historiker Ernst Hanisch die hypothetische Frage auf, ob die 68er-Geschichtsschreibung die »Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich« unterschätzt habe.¹⁷ Damit fand er sich auf einer Linie mit dem früheren Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und ehemaligen SPÖ-Innenminister Franz Olah, der noch 2005 vehement die These vertrat, die Massenstreiks der KPÖ im September und Oktober 1950 seien ein Putschversuch gewesen. Alle vorhandenen Quellen und die beinahe einheitliche Meinung der entsprechenden wissenschaftlichen Analysen schließen eine derartige Planrichtung als unrealistisch aus, doch der »Putschversuch« von 1950 bleibt ein Mythos, der trotz zahlreicher Studien immer noch präsent ist, ein Mythos, der aus der Österreich-Identität der Nachkriegsgeneration nicht wegzudenken ist.

Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine Planungen in diese Richtung gegeben hätte. Neue sowjetische Dokumente belegen, dass Teile der KPÖ-Führung eine Lösung nach dem Vorbild der sich abzeichnenden Teilung Deutschlands als Option ernsthaft diskutierten.¹⁸ Am 13. Februar 1948 erhielten die beiden KPÖ-Spitzenfunktionäre Johann Kopleinig und Friedl Fürnberg aber beim Rapport in Moskau durch das für außenpolitische Fragen zuständige Politbüro-Mitglied Andrej Zdanov eine politische Kopfwäsche. Aus sowjetischer Sicht lagen nicht eine mögliche Teilung Österreichs und eine Fortsetzung der sowjetischen Präsenz im Interesse der KPÖ und der österreichischen Bevölkerung, sondern ein Abschluss des Staatsvertrags und der Abzug aller Alliierten.

Während viele Erinnerungen und Zeitzeugen wie Franz Olah die Ereignisse im Oktober 1950 also als Putschversuch empfunden haben, wurde zwei Jahre zuvor über eine Spaltung des Landes diskutiert. Sie wurde durch die UdSSR verhindert; doch diese Erinnerung ist nicht Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses in Österreich geworden.

Da die meisten historischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Studien geopolitische Aspekte eher an den Rand rücken, bleibt der Antikommunismus als wesentliche Komponente für die relative Stabilität der österreichischen Nachkriegsgesellschaft in der höchst labilen Aufbauphase ausgeblendet. Doch auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks spielt diese Frage in der öffentlichen Meinung noch immer eine Rolle, wie man etwa an den Vorurteilen gegen die mittel-osteuropäischen EU-Beitrittswerber beobachten konnte. In der Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk Temelín kamen dazu noch ältere Vorurteile gegenüber den Tschechen, mit Rückgriffen auf den Nationalitätenkonflikt um 1900. Diese Bilder sind im Eis des Kalten Krieges konserviert worden, um nach 1989 wiederbelebt zu werden. Weder Schule noch Universität haben nachhaltig auf diese über drei bis vier Generationen transportierten nationalen Stereotype Einfluss nehmen können – oder wollen.

So besitzt also der Antikommunismus meiner Meinung nach sowohl auf der Ebene der Eliten als auch im gesellschaftlichen Diskurs nach 1945 eine wesentlich wichtigere verbindende Funktion als etwa der Mythos der Lagerstraße, das heißt die gemeinsamen traumatischen Erinnerun-

gen von späteren Funktionären der ÖVP und SPÖ an die NS-Konzentrationslager oder -Gefängnisse.

Jahre später reüssierte in Graz die Kommunistin Elke Kahr (ab 2021) als Bürgermeisterin, in Salzburg scheiterte der von den Grünen kommende KPÖ-Kandidat Kay-Michael Dankl erst in der Stichwahl am späteren SPÖ-Bürgermeister Bernhard Auing, dem er in der ersten Runde bis auf 1,4 Prozent nahegekommen war; diese KP-Erfolge auf Stadtebene hängen aber primär mit dem Problem hoher Mieten zusammen, das in Graz und Salzburg durch sehr glaubwürdige KPÖ-Kandidat/innen angesprochen wurde. Bei der Nationalratswahl 2024 hingegen blieb die KPÖ mit 2,4 Prozent Stimmenanteil wieder einmal unter »ferner liefern«.

Abgrenzung gegenüber Deutschland, Osteuropa und »Anderen«

Der böse »Preuße«

Das Ende aller auch theoretischen Diskussionen über eine »gesamtdeutsche« Option, die eigentlich in der Sozialdemokratie wieder einsetzen hätten können, wurde nach 1945 mit aller Konsequenz durchgezogen und unnachgiebig eingehalten. Sowohl der alliierte Druck als auch die klare Konsequenz, dass die These, 1938 Opfer einer militärischen Aggression durch Hitler-Deutschland gewesen zu sein, eine Aufgabe des Anschluss-Gedankens bei den Regierungsparteien erforderten, setzten sich durch: vorerst primär als nützliche Staatsdoktrin, die Reparationsforderungen abwenden, aber auch jüdische Restitutions- und vor allem Wiedergutmachungsforderungen finanziell gering halten und verzögern sollte. Wer diese Staatsdoktrin nicht mittragen wollte, wurde gemäßregelt, so der Chefredakteur des sozialistischen *Linzer Tagblatts*, Dr. Alois Oberhummer, nach einem Artikel vom 7. Februar 1946: »Gute Österreicher – gute Kulturdeutsche«. In diesem Artikel hatte er die Zugehörigkeit der Österreicher zur deutschen Kulturnation verteidigt, da das »österreichische Volk« aus vielen Nationen zusammengesetzt sei. Sofort

distanzierten sich die SPÖ-Parteivorstände in Wien und Linz von diesem Artikel, und die US-Administration belegte für kurze Zeit das Blatt mit Erscheinungsverbot. Der wohl prominenteste sozialdemokratische Funktionär im Exil, Friedrich Adler, polemisierte hingegen noch 1955 im Ausland gegen die staatliche Selbständigkeit Österreichs. 1945 hatte er vergeblich eine Volksabstimmung über die Aufhebung des »Anschlusses« von 1938 gefordert. Die Utopie einer gesamtdeutschen Revolution auf der Basis von 1848 war also bei manchen noch nicht ad acta gelegt worden, realpolitisch jedoch spielte sie keine Rolle mehr.

Wie Meinungsumfragen aber zeigen, wurde dieses Diskussionsverbot ab 1949 vom Verband der Unabhängigen (VdU) durchbrochen und arte- te in extremen Deutschnationalismus rechtskonservativer Prägung aus. Eine offene und intensivere Auseinandersetzung über Österreich als deutsche Kulturnation hätte die langen Schatten dieser Debatte, die bis in die siebziger und achtziger Jahre reichten, vielleicht verhindert.

Paradebeispiele für die wichtige Rolle der Ablösung von allem »Deutschen« als Staatsdoktrin der Zweiten Republik fanden sich in der kulturpolitischen Debatte nach 1945. Selbst das Österreich-Bild im Exil wurde durch primär an rückwärtsgewandter Klassik orientierte kulturelle Aktivitäten bestimmt und lag in vielen Fällen nicht weit entfernt vom barocken Österreich-Bild des diktatorischen »Ständestaats«. Die Vorstellungen des kommunistischen Staatssekretärs für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung, Ernst Fischer, der aus dem Moskauer Exil eine Art antipreußische Österreich-Ideologie mitgebracht hatte, begeisterten sogar den ehemaligen Chefredakteur des christlichsozialen Zentralorgans *Reichspost*, Friedrich Funder: »Die Kommunisten haben in Dr. Fischer innerhalb der Regierung einen sehr begabten Vertreter gefunden [...]. Die starke österreichische Note, die er immer wieder anschlägt, ist nach meinem Gefühl echt.«¹⁹ Unter Fischer wurde mit Erlass vom 3. September 1945 sogar das Schulfach »Unterrichtssprache« (statt »Deutsch«) eingeführt, eine Maßnahme, die fälschlich meist seinem Nachfolger, ÖVP-Unterrichtsminister Felix Hurdes, zugeschrieben wird, da der Erlass erst nach den Novemberwahlen 1945 konkret bei Zeugnissen umgesetzt wurde. Die ÖVP wiederum setzte nicht nur auf eher lächerliche nationale Gesten, sondern zielte auf eine radikale »Verösterreicherung« im Schul-

unterricht, meist unter Rückgriff auf das barocke und imperiale Erbe vor 1918, versehen mit stark katholischem Kolorit. Für den Schulunterricht etwa formulierten die »Programmatischen Leitsätze« als Ziel eine »restlose Durchdringung [...] mit österreichischem Gedankengut«. Gleichzeitig wurde zu »intensivster Arbeit am Aufbau der österreichischen Nation« aufgerufen, »die ein starkes, stolzes österreichisches Staats- und Kulturbewusstsein formen muss«.²⁰

Verstärkt wurde diese radikale kulturpolitische Abgrenzung vom »Preußentum« des 18. und 19. Jahrhunderts durch die alliierte Politik, alle »Altreichsdeutschen«, also Personen, die vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsbürger gewesen waren, nach Deutschland abzuschieben. Hunderttausende »Reichsdeutsche«, Männer, Frauen und Kinder, wurden 1945/46 – ohne jede Auseinandersetzung über ihre politische Verantwortung – aus Österreich nach Deutschland transportiert, wobei häufig Familien zerrissen wurden. Der deutsche Starregisseur Peter Stein dachte ebenso mit Erstaunen an diese radikale Austrifizierung zurück, die er als Kind in Salzburg erleben musste, wie der deutsche Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, der als ehemaliger Wehrmachtssoldat aus Tirol zurück ins »Reich« geschickt wurde.

Auch sudetendeutsche Flüchtlinge wurden nur höchst widerwillig und in geringem Ausmaß in Österreich aufgenommen; die Provisorische Staatsregierung Renner und der niederösterreichische Landeshauptmann Leopold Figl etwa forderten eine sofortige Grenzsperr zur Tschechoslowakei durch die Rote Armee. Selbst Südböhmen und Südmährer mit altösterreichischen Wurzeln sollten nicht nach Österreich gelangen. Natürlich war die Nahrungsmittelversorgung 1945 katastrophal, überdies hielten sich auf österreichischem Staatsgebiet fast zwei Millionen Flüchtlinge auf; andererseits jedoch zeigte sich in den Debatten der Provisorischen Staatsregierung eine Pauschalverurteilung aller Sudetendeutschen als Nationalsozialisten, wogegen man gegenüber den »eigenen« Nazis wesentlich mehr Verständnis aufbrachte. Alarmierende Berichte über das Flüchtlingselend änderten nichts an der Haltung der Regierung: »Die Transporte seien geradezu desorganisiert [...]. Es kämen Transporte an, wo die Toten aus den Waggons herausfallen.«²¹ Am 9. Jänner 1946 stellte Bundeskanzler Leopold Figl im Ministerrat nochmals

klar, dass bei den Abschiebungen von Sudetendeutschen und »Volksdeutschen« keine Ausnahmen gemacht werden sollten: »Beginnen soll diese Ausländerausweisung in Wien, dann folgt Niederösterreich und dann sollen diesem Lager alle Reichsdeutschen und Volksdeutschen aus Ungarn, Rumänien und dem Osten zugeführt werden. Natürlich hat das große Schwierigkeiten auch in Bezug auf die Verpflegung. Die Russen haben bis jetzt über 92 000 Ausländer erfasst, die aus der russischen Zone ausgewiesen werden müssen. Es werden noch einige zehntausend dazu kommen. Wenn 160 000 bis 180 000 Personen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland weggebracht werden, so wird das künftighin unsere Ernährungslage wesentlich erleichtern.«

Derartige Aktionen wurden auch als symbolische Abschiebung der Mitverantwortung von einzelnen Österreichern und Österreicherinnen am Terror, an der Aggressions- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus empfunden. Es geht hier keineswegs um Kollektivverantwortung, sondern um konkrete Auseinandersetzung mit den zahlreichen Tätern in der eigenen Staatsgemeinschaft. US-Meinungsumfragen bald nach Kriegsende zeigten, wie tiefverwurzelt die gesellschaftlichen Prozesse bereits waren, wodurch fast alle Österreicher/innen über Nacht zu »Opfer«-Siegern erklärt wurden, ohne das Ergebnis der politischen und rechtlichen Klärung des Anteils von Österreichern am NS-Terror- und Expansionsregime und am Holocaust abzuwarten. Auf die Frage: »Glauben Sie, dass das ganze österreichische Volk am Krieg mitschuldig ist, weil es eine Regierung an die Macht kommen ließ, welche die Welt in den Krieg stürzen wollte?« antworteten im Dezember 1946 nur 4 Prozent mit »Ja«, 15 Prozent mit teilweise »Ja«. 71 Prozent, die deutliche Mehrheit, sahen »überhaupt keine« Mitschuld, 10 Prozent enthielten sich einer Meinung.²² Heute wird teilweise – wie ich im Kapitel 9 anhand empirischer Studien zeigen werde – eine Haupttäterdoktrin vertreten. Dies ist ebenso einseitig, aber letztlich eine Spätfolge dieses breiten Ent-Schuldigungsprozesses, der etwa in den sechziger Jahren bei Geschworenenverfahren zu völlig unbegründeten Freisprüchen von Kriegsverbrechern wie Franz Murer und anderen geführt hat.

In den fünfziger und noch in den sechziger Jahren war das westdeutsch – österreichische Verhältnis ziemlich gespannt, obwohl sich die

ökonomische Abhängigkeit Österreichs ab 1955 rasch wieder vergrößert hatte. Die österreichische Opferdoktrin hatte in dieser Periode konkrete Auswirkungen auf die Verstaatlichung des Deutschen Eigentums und in den komplexen Verhandlungen über die Rückgabe deutschen »Privat-eigentums« in Österreich. Nicht nur in diesen Verhandlungen dominierten – so die Sicht des deutschen Auswärtigen Amtes – »deutschfeindliche Elemente«. Alle Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust (und damit verbunden alle Entschädigungsansprüche) wurden auf die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. In der Frage der Beschlagnahme Deutschen Eigentums definierte sich die Republik Österreich ebenfalls als Opfer und versuchte möglichst viel ehemals Deutsches Eigentum als Kompensation zu verstaatlichen. Kanzler Konrad Adenauer verbarg seine Gefühle gegenüber einer solch betont antideutschen Österreich-Philosophie in diesen Vermögensverhandlungen nicht und meinte einmal gegenüber dem damaligen Staatssekretär Bruno Kreisky: »So, österreichisches Eigentum in Deutschland? Wissen Sie, Herr Kreisky, wüsste ich, wo die Gebeine Hitlers zu finden sind, würde ich Sie Ihnen liebend gern als österreichisches Eigentum zurückstellen.«²³

Nur was die Bundeshymne betraf, gelang es Österreich nicht, seine alte/neue kulturelle Superiorität gegenüber Deutschland umzusetzen. Vor allem die Sozialisten in der Regierung wandten sich gegen eine Wiederverwendung der alten Haydn-Hymne, um nicht eine symbolische Teilrestauration der Monarchie zu akzeptieren. So stellte der Tiroler ÖVP-Abgeordnete Franz Gschnitzer 1952 zur neuen Hymne resignierend fest: »Mozart in Ehren – aber aus edler Fadheit und süßer Ode wird keine Hymne.« Nunmehr habe aber die Bundesrepublik die alte Hymne usurpiert und Österreich »aus Angst und Feigheit« verloren.²⁴ So blieb nichts anderes übrig, als die ungeliebte neue Hymne zu verwenden, nachdem in internen Untersuchungen des Unterrichtsministeriums Mozart vom Vorwurf der antikatholischen Freimaurerei »freigesprochen« worden war.²⁵

Abgrenzung zu den slawischen Wurzeln

Es ist ein Paradoxon, dass ein Kleinstaat, dessen Bevölkerung vom früheren österreichischen ÖVP-Außenminister Lujo Tončić-Sorinj treffend als slawische Mischung mit zufälliger deutscher Dominanz bezeichnet wurde, gegenüber seinen slawischen Nachbarn so negativ eingestellt ist. Die in den achtziger Jahren immer wieder beschworene Mitteleuropa-Nostalgie mit einem Hauch von Monarchie-Nostalgie blieb eine Sache der Eliten und entsprach nie der öffentlichen Meinung in Österreich. Manchmal wird man das Gefühl nicht los, dass viele Österreicher hier ihre eigenen Wurzeln oder die Wurzeln ihrer Familie verleugnen. So sprachen sich im November 1999 – also knapp nach den Nationalratswahlen – nur 31 Prozent für eine Aufnahme Polens in die EU aus, während die Polinnen und Polen ein aus der Hochblüte der Neutralität in den siebziger Jahren herstammendes, wesentlich positiveres Österreich-Bild hatten (was sich allerdings ab Februar 2000 von vorher 60-Prozent-Sympathiewerten auf 41 Prozent reduzierte). Der Zustimmungsgrad für Tschechien war etwas höher, lag mit 36 Prozent aber ebenso weit unter einer Mehrheit wie die 45 Prozent für Slowenien. Nur Ungarn erreichte 56 Prozent Zustimmung. Hinweise auf eine gemeinsame Vergangenheit in der Monarchie wurden kaum positiv bewertet, hingegen scheinen sich manche historische Vorlieben, aber auch Abneigungen konserviert zu haben, so die Sympathie für Ungarn und die Ablehnung der Tschechen, aber auch die große Distanz zu Polen. Die wochenlangen Blockaden und Demonstrationen entlang der tschechischen Grenze gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Temelín erweiterten diese Kluft gegenüber der tschechischen Bevölkerung noch, wären aber ohne diese Vorurteile wohl nicht derart ausgeartet.

Ein Problem liegt auch darin, dass im Zusammenhang mit der Pro-EU-Propaganda 1994/95 im Hintergrund das Szenario einer Bedrohung aus dem »Osten« betont wurde, ohne es rational zu erklären; vor allem im Zusammenhang mit Kriminalität, »unüberwindbarem Elend« und »großräumigen Wanderungsbewegungen«. Nur im Rahmen der EU – so das Europa-Buch des Bundeskanzleramtes – könnten diese Bedrohun-

gen bewältigt werden. Auch die Wissenschaft hat hier anfangs keineswegs einen rationalen Beitrag geleistet, sondern zunächst anhand unzureichender Grundlageninformationen und mangels genügend Erfahrungen völlig absurde Wanderungspotentiale ermittelt, was die Debatte zusätzlich anheizte. Die nachfolgenden Rationalisierungsversuche aufgrund präziserer Informationen und Methoden hingegen hatten im aktuellen Diskurs vorerst kaum Auswirkungen.

Seit der Flüchtlingswelle aus Ungarn 1956 präsentierte sich Österreich sowohl in der Außendarstellung als auch in der Innensicht gerne als Asylland. 1987 etwa sprach der damalige Innenminister Karl Blecha davon, dass »wir in Österreich als Erstasylland 1966 000 Menschen aufgenommen haben« und davon rund ein Drittel voll integriert worden sei.²⁶ Derselbe Innenminister musste allerdings bereits damals zugeben, dass »Österreich Flüchtlinge deshalb so gerne mit offenen Armen aufnimmt, weil wir ja wissen, dass 80 Prozent von ihnen gar nicht dableiben wollen«²⁷. Obwohl vor 1918 Produkt einer intensiven Binnenmigration in der Habsburger Monarchie, betrachtete sich Österreich bereits in der Zwischenkriegszeit nicht mehr als Einwanderungsland, und die Zweite Republik definierte sich trotz De-facto-Einwanderung von mehr als einer Million Menschen ausschließlich als neutrales Asylland. Flüchtlinge sollten nicht primär in Österreich integriert werden, sondern möglichst rasch in Immigrationsländer wie die USA, Kanada oder Australien weitergereicht werden. In der Imagebildung wurde diese höchst wichtige Einschränkung jedoch nicht transportiert, weder 1956 (Ungarn), 1968 (Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR) noch 1981 (Verhängung des Kriegsrechts in Polen).

Mit dem Ende des Kalten Krieges bröckelte auch der Identitätspfeiler »Asylland Österreich«. Anfang März 1990 brach eine heftige Flüchtlingsdebatte aus, die durch öffentliche Wortmeldungen sozialdemokratischer Funktionäre und des sozialdemokratischen Innenministers Franz Löschnak über explodierende Flüchtlingszahlen vorbereitet worden war. Natürlich waren die Asylwerber, von denen viele eigentlich Wirtschaftsflüchtlinge waren, ein politisch heißes Thema, doch die populistische Medienstrategie verschärfte das Problem nur noch und löste das Grundproblem nicht. Vor allem die Massenmedien – allen voran, aber keines-

wegs exklusiv die *Kronenzeitung* – steigerten Ängste und Vorurteile mit weit übertriebenen Zahlenangaben und Einzelgeschichten.

Bei Rumänen als Feindbild gibt es übrigens verblüffende historische Kontinuitäten: So wurde kurz vor dem »Anschluss« vom Schuschnigg-Regime 1937/38 noch ein scharfes Fremdenpolizeigesetz entworfen, das unter anderem das »Überfluten« von Migranten aus Rumänien als Folge der dortigen ersten antijüdischen Regelungen der »Eisernen Garde« und des autoritären Regimes verhindern sollte. Prognosen von Hunderttausenden rumänischen Flüchtlingen, die nach Österreich kommen würden, machten Schlagzeilen. Zuvor waren polnische Juden das Ziel solcher Propaganda gewesen.

Wohlfahrtsstaat den Österreicher/innen: eine limitierte Solidargemeinschaft

Im öffentlichen Gedächtnis, in der kollektiven Erinnerung dominierte Ende 1999 beim Rückblick auf das 20. Jahrhundert auf die Frage nach den »Ereignissen, die Ihre Familie besonders betroffen haben« die »Not in der Nachkriegszeit« (35 Prozent der Befragten). Erst dann folgten die »Not vor dem Zweiten Weltkrieg« (30 Prozent), der Einmarsch der deutschen Truppen 1938 (20 Prozent), Arbeitsplatzverlust in den achtziger und neunziger Jahren (19 Prozent), Verfolgung durch das NS-Regime (12 Prozent), Vertreibung bei Kriegsende (12 Prozent), Erster Weltkrieg (11 Prozent), das Ende der Monarchie (6 Prozent), die Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre (6 Prozent) und der Bürgerkrieg in den dreißiger Jahren (6 Prozent).²⁸ Hier zeigten sich bereits deutliche generationsspezifische Erinnerungstrends, die keineswegs mit den Langzeitwirkungen auf die politische Kultur der Zweiten Republik übereinstimmen müssen. Es ist daher notwendig, sich intensiver damit zu beschäftigen, welche Rolle dem sozialen und ökonomischen Aufstieg bei der Identitätsbildung in Österreich zukommt, einem Land, das unter den zehn reichsten Industrieländern ist, in dem aber gleichzeitig extrem viele Menschen – rund eine Million bei neun Millionen Einwohnern – von Armut bedroht sind. Die Tageszeitung *Kurier* brachte die entsprechenden Statis-

tiken auf einen aussagekräftigen negativen Nenner: »In Österreich verdienen immer mehr immer weniger.« Besonders betroffen von dieser Negativentwicklung sind Frauen, die – zum Unterschied von anderen wohlfahrtsstaatlichen Systemen – in Österreich deutlich weniger verdienen als Männer.²⁹ Ausländer und Ausländerinnen verdienen in Relation noch weniger.

Die jüngsten Inflationsschübe 2021 bis 2023 haben die Abstiegsängste noch verstärkt, obwohl die Regierung aus ÖVP und Grünen ab 1.1.2023 entsprechende Abgeltungen durchgeführt hat; laut Bundesministerium für Finanzen wurde »den Menschen die jährlich aufgrund der Inflation entstehende steuerliche Mehrbelastung abgegolten. Sozial- und Familienleistungen wie die Familienbeihilfe, der Mehrkindzuschlag und der Kinderabsetzbetrag werden ebenfalls valorisiert«.³⁰ Durch das viel zu komplizierte Gießkannenprinzip, das aber gestiegene Mieten nicht umfasste, ist diese kostspielige Budgetausgabe letztlich nicht von den Wählern honoriert worden, weil die Regierung in der Inflationsbekämpfung versagt bzw. durch diese Kleinrückzahlungen auch die Inflation angeheizt hat, statt das Übel an der Wurzel zu packen.

Im Sommer 2021 verschlechterte sich dann die wirtschaftliche Situation massiv; es war der Beginn einer Phase der Hochinflation als Folge der Corona-Pandemie mit Inflationsraten, die auf 2,8 Prozent anstiegen, 2022 auf 8,6 Prozent und im darauffolgenden Jahr auf 7,8 Prozent. Damit stiegen die indexgebundenen Mieten ebenso deutlich wie die Energiepreise.³¹ Der Koalitionsregierung ÖVP-Grüne gelang es nicht, die Inflation in den Griff zu bekommen. Ganz im Gegenteil: Durch Bonuszahlungen zur teilweisen Abschaffung der kalten Progression oder durch den Klimabonus wurde die Inflation weiter befeuert, und die Staatsschulden explodierten. Gleichzeitig wurde in die massiv steigenden Energie- und Lebensmittelpreise oder Mieten nicht eingegriffen. Die Menschen sparten die diversen Boni, und das Wachstum war auch im EU-Vergleich extrem schwach.

Bei den für die Regierung höchst negativ ausgefallenen Wahlen 2024 zeigte es sich dann, dass sich die Wählerinnen und Wähler in der Inflation alleingelassen fühlten und Abstiegsängste dominierten, die vor allem den Wahlerfolg der FPÖ befeuerten.

Das Jahr 1945 wird im kollektiven Gedächtnis der Österreicher/innen mit dem Aufbau der Wirtschaft gleichgesetzt. Relativ genau werden die ersten Einkommenszuwächse über den täglichen Bedarf hinaus für die sechziger Jahre festgemacht, während die Kreisky-Ära als Höhepunkt auch sozialer Zufriedenheit definiert wird. Nach wie vor stehen die Sorge um Pensionen und Renten sowie um Arbeitsplätze als zentrale Themen für die Politik im Raum.

Die Verteidigung des relativ hohen sozialen Standards, wie er gegen Ende des Kalten Krieges herrschte, wird nicht nur über Ängste transportiert (die sich dann auch in der Wahlzustimmung für nationale Positionen äußern), sondern geht zunehmend in eine Stimmung der radikalen und emotionalen Abgrenzung über. Mehr als 60 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen waren 2002 fest davon überzeugt, dass ihnen die EU-Erweiterung Nachteile bringen werde. Gleichzeitig fühlten sie sich verärgert und ohnmächtig, da der Erweiterungsprozess bereits unumkehrbar war. Insgesamt gesehen fiel in Österreich die Zustimmung zur EU im Februar/März 2004 deutlich in den Keller:³² Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wurde von 30 Prozent als »gute Sache«, von 29 Prozent als »schlechte Sache« bewertet; 36 Prozent meinten, sie sei weder gut noch schlecht. 38 Prozent sahen in der Mitgliedschaft in der EU insgesamt einen Vorteil für Österreich, 47 Prozent einen Nachteil. Seit dem Herbst 2002 ist eine kontinuierliche Verschlechterung eingetreten, wobei die Werte vom Februar/März 2004 die schlechtesten seit Beginn der Euro-Barometer-Messung (1995/96) darstellten. Selbst in der Weltwirtschaftskrise 2008 hielt dieser Trend – trotz Verbesserungen in den letzten Jahren – an: 2010 schätzten 40 Prozent die EU-Mitgliedschaft völlig neutral ein, 23 Prozent betrachteten sie als »schlechte Sache«, für eine »gute Sache« plädierten 36 Prozent gegenüber 49 Prozent im EU-Schnitt.

Ende 2023 hatte sich diese Einstellung ins Negative im europäischen Vergleich verschoben, da 22 Prozent die EU für eine schlechte Sache hielten und nur mehr 42 Prozent für eine gute Sache. Damit stand Österreich in beiden Fragetabellen im Eurobarometer-Vergleich an der Spitze.³³ Aber austreten wollen die Österreicher und Österreicherinnen dann doch nicht: Nur 25 Prozent votierten im Dezember 2024 für einen

ÖXIT, 60 Prozent wollten in der EU bleiben.³⁴ Daher fährt die EU-kritischste Partei, die FPÖ, keinen offensiven Austrittskurs.

Die antitürkische und anti-islamische Wahlkampfstrategie der FPÖ wurde vor allem durch die internationale Debatte seit dem 11. September 2001 und den Attentaten gegen das World Trade Center in New York (unter dem Stichwort »Islamistischer Terror«) noch verstärkt. Im September 2010 zeigte eine Meinungsumfrage auch deutliche Auswirkungen auf das EU-Erweiterungsszenario aus der Sicht der Österreicher/innen: 60 Prozent votierten gegen einen Beitritt der Türkei, nur 17 Prozent dafür. Inzwischen haben die antitürkischen Tendenzen – auch als Folge des autoritären und populistischen Kurses des Erdoğan-Regimes in der Türkei – noch zugenommen, wie die Reaktionen auf den Präsidentschaftswahlkampf Erdoğan 2014 (mit Auftritten des Kandidaten auch in Deutschland und Österreich) deutlich machten. Verbalradikalismus zeigte sich zudem im Widerstand gegen Moschee-Bauten, eine Art ideologischer Stellvertreterkrieg; so beispielsweise in Kärnten unter Landeshauptmann Jörg Haider, der trotz seiner engen Verbindungen mit dem arabischen Raum (Libyen und sogar Saddam Hussein im Irak) 2008 mit den Stimmen von BZÖ, ÖVP und FPÖ ein mit »Ortsbildpflege« argumentierendes Bauverbot für Moscheen durchdrückte. In Niederösterreich wetterte ÖVP-Landeshauptmann Pröll anlässlich einer Moscheebau-Debatte in Bad Vöslau in einem ORF-Interview am 4. September 2007: »Minarette sind etwas Artfremdes, und Artfremdes tut auf Dauer in einer Kultur nicht gut.« Erst im Jänner 2008 relativierte Pröll diese vom NS-Jargon geprägte Aussage (*Trend*, 27. Jänner 2008). Als hingegen in Wien am 20. November 1979 in der Nähe der späteren UNO-City eine Moschee mit Minarett eröffnet worden war, feierten Bundespräsident Kirchschläger, Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz dies als großen Erfolg der Internationalisierung Österreichs. Seither gab es drei weitere Moschee-Bauten (Saalfelden 2002, Telfs 2006 und Bad Vöslau 2009), die größtenteils heftig umstritten waren, dazu existieren rund 200 islamische Gebethäuser für geschätzte rund 500 000 Muslime, wobei in der Diskussion die Tatsache nicht berücksichtigt wird, dass nur ein Bruchteil von ihnen – ähnlich wie bei den Katholiken – die Religion auch regelmäßig praktiziert.

Durch den Nahostkonflikt und vor allem durch den »Dschihad-Tourismus« hat die mediale Debatte eine neue, heftige Dimension bekommen, da einige junge Männer aus Österreich (Staatsbürger, aber auch Asylbewerber) im Bürgerkrieg in Syrien bzw. im Irak auf Seiten der IS-Dschihadisten kämpften und vereinzelt auch junge Frauen der Faszination eines »heiligen Krieges« erlagen. Dass die Internet-Propaganda diese Diskussion direkt in die Wohnzimmer der Österreicher brachte, zeigte die Rezeption und Debatte um das vom IS angestrebte Kalifat, mit einer Karte, die Österreich und Wien einschloss. Die Angst vor einem Terror-Gottesstaat – auch wenn dies völlig unreal sein mag – ließ sich geschickt in die stringent antiislamische Grundstimmung der letzten Jahrzehnte einbauen.

Dass in Österreich offene brutale Attacken gegen »Ausländer« derzeit nicht vorkommen, ist kein Grund zum Jubeln. Viele haben bereits vergessen, dass der Mord an vier jungen Roma im Burgenland und die sonstigen Attentate des Einzeltäters Franz Fuchs durchaus von der Form der Debatten über Migration und Einwanderung beeinflusst waren.

Ein weiteres Phänomen, das angeblich der Ausländerfeindlichkeit widerspricht, betrifft die Spendenfreudigkeit der Österreicher vor allem für karitative, humanitäre Zwecke, die – auch im europäischen Vergleich – extrem hoch ist. Sie hängt aber nicht wirklich mit einem echten Solidaritätsgefühl zusammen, sondern ist das Ergebnis traditioneller katholischer »Armenfürsorge«, perfekt angesprochen durch Organisationen wie Caritas, Rotes Kreuz, aber auch durch die Fernsehaktion »Nachbar in Not«. Und sie ändert nichts am hohen Grad an Abgrenzung zu Immigrant/innen und auch zu den nicht deutschsprachigen Nachbarvölkern. Dass viele Flüchtlinge aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien – immerhin 108 000 Menschen – in Österreich aufgenommen wurden, ist meiner Meinung nach das Ergebnis eines politischen und medialen Grundkonsenses gegen das serbische Milošević-Regime. Hier spielte noch einmal der Kalte Krieg eine Rolle – Serbien als letzte Bastion des Kommunismus in Europa und überdies als Feindbild aus der Zeit vor und nach 1914 –, ebenso wie die traditionelle Rolle Österreichs als Flüchtlingstransitland. Hätte die politische Debatte zu Beginn der Flüchtlingswellen auf die gleichzeitige Integration in Österreich abgestellt, wäre das

Thema explodiert. Niemand hatte ursprünglich damit gerechnet oder dies angesprochen, dass die Flüchtlinge auch zu einem großen Teil in Österreich bleiben würden.

Österreich, *die* Kulturation

Das Selbstverständnis der Österreicher/innen als geschlossene Kulturation reflektierte 1980 eine Umfrage über »Österreich als Träger eines großen kulturellen Erbes«³⁵: Zu diesem Punkt gab es 47 Prozent Zustimmung. 1987 signalisierten 45 Prozent Zustimmung zu dieser These, 74 Prozent der Befragten unterstrichen zudem generell das österreichische kulturelle Erbe. Eine Analyse der Meinungsumfragen 1980 bis 1987 zeigt einen stetigen Anstieg der Bedeutung von – meist traditioneller – Kunst und Kultur für das nationale Ego in Österreich, allen voran die leichte Muse (Operette, Volksmusik), gefolgt von klassischer Musik und Theater; nur die Bedeutung der österreichischen Medizin schiebt sich an die zweite Stelle dazwischen. Die Gründe für diese besondere Betonung kultureller Werte, die eine intensive Zustimmung zu einer ethnischen Identität beinhalten, liegen in der Änderung der Identität nach 1989. Während die achtziger und neunziger Jahre eine weitere Stärkung der staatsnationalen Diskurse (Österreich-Patriotismus) mit sich brachten, endete die nachfolgende Migrations- und Asyldebatte in einer starken Abschottung. Dieser Trend bot überdies eine psychologische Rückversicherung nach dem Beitritt zur Europäischen Union 1995. Entsprechend national agierte auch die EU-Beitrittskampagne der Bundesregierung mit dem zentralen Slogan »Österreich ist Europa«.

Signifikant dabei ist, dass die kulturellen Hochblüten der Monarchie gerne als österreichisch umdefiniert, de facto »verösterreichert« werden: Die diversen Wurzeln der heutigen Staatsgesellschaft im Vielvölkerstaat und in den Migrations- und Assimilationsprozessen der Jahrhundertwende bleiben meist akademischen Diskussionen vorbehalten. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Monarchie im öffentlichen Bewusstsein über die österreichische Nation kein Stellenwert zukommt. Die »brauchbaren« Identifikationselemente aus der Habsburger Zeit

wurden völlig losgelöst in die Zweite Republik transformiert, ohne deren historische Bedingtheiten in einem großen Lebens- und Kulturraum zu berücksichtigen. Dies ist das Ergebnis eines streng republikanischen Schulunterrichts, der Geschichtsbilder von den Babenbergern bis zu den Habsburgern immer nur auf die Grenzen des Kleinstaats nach 1945 projiziert. Wien und das heutige Österreich stehen dabei als Projektionsleinwand im Vordergrund.

Spätestens seit 1945 haben die Österreicher nicht mehr gelernt, in großen Räumen zu denken und zu agieren. Es ist kein Zufall, dass der international wohl renommierteste Politiker der Zweiten Republik, Bruno Kreisky, seine Denkansätze immer wieder aus dem k. u. k. Imperium bezog, dem er sich aufgrund seiner Familienherkunft sehr verbunden fühlte. Um es provokant zu formulieren: Mit der breiten Durchsetzung einer österreichischen Identität ist eine Verschweizerung in den Grundmentalitäten eingetreten, die im Zuge der Globalisierung und des Handelns im europäischen Raum Anpassungsschwierigkeiten mit sich bringt. Das Zentrum des politischen Agierens sind nicht mehr die internationalen Zusammenhänge – wie im Kalten Krieg oder in der Entspannungs- und Ostpolitik –, sondern austronationale Interessen. Volks- und Sportkultur dominieren immer stärker auch das politische Outfit. Im Jahr 2000 meinte etwa ein Experte wie der Meinungsforscher Rudolf Bretschneider, dass nur das traditionelle Kulturland-Österreich in der Außendarstellung erfolgreich sei.³⁶ Erst über diesen Umweg könnten vereinzelt andere, gegenwartsbezogene Inhalte transportiert werden. Während also in den 1970er Jahren Österreich europareif gemacht werden sollte, wird offensichtlich heute Europa österreichreif gemacht. In der Tourismuswerbung wird zwar seit Jahrzehnten immer wieder die Verpackung geändert, doch die Marketinginhalte orientieren sich nach wie vor an Leitlinien aus den 1950er Jahren, die nach einer 1955 erschienenen Vaterlandskunde durch folgende Komponenten definiert sind: »Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Burgtheater, Staatsoper, Philharmoniker, Wiener Sängerknaben und Salzburger Festspiele.« Der prägende Kulturpolitiker der späten 1950er und frühen 1960er Jahre, Heinrich Drimmel, brachte dieses rückwärtsgewandte Konzept auf den Punkt: »Das materielle Leben des Staates verlangt den repräsentativen Kulturalismus. Das Ge-

präge der Festwochen, die Marmorfassade der Kulturpaläste wirken in der politischen Willensbildung der Massendemokratie überzeugender als das drängende Verlangen nach [...] Beseitigung [...] des Notstandes der wissenschaftlichen Forschung und der künstlerischen Betätigung.«³⁷ Der wirtschaftliche Aufstieg der fünfziger Jahre begünstigte diese Entwicklung auch aus wirtschaftlich-fremdenverkehrsorientierten Gründen. Gleichzeitig steigerte der traditionalistische Hochkulturbetrieb das nationale Selbstwertgefühl, wie die Wiedereröffnung der Staatsoper und des Burgtheaters 1955 beweisen.